Stand: 15.12.2025 21:04:41

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/6959

"Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/6959 vom 11.06.2015
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/8184 des WI vom 25.06.2015
- 3. Beschluss des Plenums 17/8386 vom 15.10.2015
- 4. Plenarprotokoll Nr. 54 vom 15.10.2015



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

11.06.2015 Drucksache 17/6959

Antrag

der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission dafür einzusetzen, dass der Landkreis Aschaffenburg weiterhin stimmberechtigt in der Frankfurter Fluglärmkommission vertreten sein kann.

Begründung:

Auf der 230. Sitzung der Frankfurter Fluglärmkommission am 20. Mai 2015 wurde ein gemeinsam zwischen dem Vorstand der Fluglärmkommission und dem Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung (HMWEVL) entworfenes Konzept zur Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Fluglärmkommission beraten. Danach sollen Landkreise nur noch in Ausnahmefällen stimmberechtigte Mitglieder der Fluglärmkommission sein können. Begründet wird das u.a. mit der Arbeitsfähigkeit des Gremiums und damit, dass das Bundesverwaltungsgericht in seinem kürzlich veröffentlichten Urteil (BVerwG 4 C 37.13) erstmalig Bedenken im Hinblick auf die Mitgliedschaft von Landkreisen in der Fluglärmkommission formulierte und hierfür eine besondere sachliche Rechtfertigung verlangte. Ursächlich hierfür ist, dass Landkreise im eigentlichen Sinne von Fluglärmwirkung nicht unmittelbar selbst betroffen sind, sondern lediglich die kreisangehörigen Kommunen. Diese sollen als unmittelbar Betroffene vorrangig ihre eigenen Interessen als Mitglieder der Fluglärmkommission vertreten. Der bisher von den Eindrehbereichen auf den Endanflügen betroffene stimmberechtigte Landkreis Aschaffenburg hätte danach nur noch Beobachterstatus in der Fluglärmkommission. Um den Landkreisen zu ermöglichen, ihre Beratungsfunktion gegenüber kreisangehörigen Kommunen sachgerecht wahrnehmen zu können, soll den Landkreisen lediglich ein privilegierter Informationszugang ermöglicht werden. Dabei sollen die Landkreise bei sich abzeichnenden Veränderungen in ihrem Kreisgebiet bereits im Vorfeld der Beratungen der Fluglärmkommission über die Hintergründe informiert werden. Da die Mitgliedschaft von Kommunen aus Bayern nicht vorgesehen ist, gäbe es künftig kein stimmberechtigtes Mitglied aus Bayern in der Frankfurter Fluglärmkommission.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

25.06.2015 Drucksache 17/8184

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Drs. 17/6959

Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass nach dem Wort "Fluglärm-kommission" die Worte "wie schon bisher" eingefügt werden.

Berichterstatter: Thomas Mütze Mitberichterstatter: Walter Nussel

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 33. Sitzung am 25. Juni 2015 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

15.10.2015 Drucksache 17/8386

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/6959, 17/8184

Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission nicht zu Lasten des Bayerischen Untermains

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen der Neustrukturierung der Mitgliedschaft in der Frankfurter Fluglärmkommission wie schon bisher dafür einzusetzen, dass der Landkreis Aschaffenburg weiterhin stimmberechtigt in der Frankfurter Fluglärmkommission vertreten sein kann.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und Anträge zugrunde gelegt wurden gem. § 59 Abs. 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

(E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss

(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 29. Juli 2015 (Vf. 9-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Einrichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts "Der Bayerische Rundfunk" (Bayerisches Rundfunkgesetz – BayRG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. Oktober 2003 (GVBI. S. 792, BayRS 2251-1-S), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 291 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBI. S. 286) PII-G1310.15-0006 Drs. 17/8109 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	A	Z

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. Juli 2015 (Vf. 10-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des
 - § 48 Abs. 1, des § 58 Abs. 1 Nr. 1, des § 64 Abs. 1, Abs. 3 Satz 1 Nr. 4, Abs. 6 Nrn. 1 und 4 sowie des § 66 Abs. 9 Satz 2 Nr. 4 der Schulordnung für die Mittelschulen in Bayern (Mittelschulordnung MSO) vom 4. März 2013 (GVBI. S. 116, BayRS 2232-3-K), zuletzt geändert durch § 2 Nr. 25 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBI. S. 82),
 - Art. 54 Abs. 3 Satz 2 des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2000, zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2015 (GVBI. S. 183)

PII/G1310.15-0005

Drs. 17/8110 (E)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z		Z

 Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 24. August 2015 (Vf. 12-VII-15) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Art. 3 Abs. 1 Satz 2, Art. 6, 15 Abs. 1, Art. 16 Abs. 1 Satz 2, Art. 21, 22 Abs. 2 Nr. 2 und Art. 26 des Gesetzes über den Vollzug der Maßregeln der Besserung und Sicherung sowie der einstweiligen Unterbringung (Bayerisches Maßregelvollzugsgesetz – BayMRVG) vom 17. Juli 2015 (GVBI S. 222,BayRS 312-3-A)

PII/G1310.15-00007 Drs. 17/8111 (ENTH)

- I. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			ENTH

Anträge

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter Drs. 17/5953, 17/8166 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Berufspraktika für Asylsuchende ermöglichen Drs. 17/6543, 17/8167 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

 Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Joachim Unterländer, Petra Guttenberger u.a. CSU Entschädigung für deutsche und bayerische Zwangsarbeiter Drs. 17/6777, 17/8168 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Stimmrecht in der Frankfurter Fluglärmkommission beibehalten Drs. 17/6825, 17/8183 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

8.	Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Vereinslandschaft in Bayern schützen – Rechtssicherheit im Mindestlohngesetz für den Sportbereich und das Ehrenamt schaffen Drs. 17/6829, 17/8169 (G)			
	Votum des federführer Arbeit und Soziales, Ju		egration	
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		A
9.	Antrag der Abgeordnet Alexandra Hiersemann Verhinderung betrüger Drs. 17/6861, 17/8178	u.a. SPD ischer Abrechnungen (A)		
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			
10.	. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler, Kathi Petersen, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. SPD Betreuung von Gefangenen muslimischen Glaubens durch muslimische Geistliche in den Justizvollzugsanstalten in Bayern Drs. 17/6863, 17/8179 (E)			
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
11.	Antrag der Abgeordnet Horst Arnold u.a. SPD Beschäftigungserlaubn Herkunftsstaaten bzw. Gründen als offensicht Drs. 17/6864, 17/8180	nisse für Asylbewerber für Asylbewerber, dere lich unbegründet abge	und Geduldete aus sid en Asylantrag aus son:	
	Votum des federführer Verfassung, Recht und			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			

12.	Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD Potenziale nutzen – Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen verbessern Drs. 17/6865, 17/8170 (A)			
	Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
13.	Antrag der Abgeordne Ganserer u.a. und Fra Neustrukturierung der mission nicht zu Laste Drs. 17/6959, 17/8184	ktion (BÜNDNIS 90/DI Mitgliedschaft in der F n des Bayerischen Un	IE GRÜNEN) rankfurter Fluglärmkor	
	Votum des federführer Wirtschaft und Medien		d Verkehr, Energie und	d Technologie
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
14.	Antrag der Abgeordne Fichtelgebirge wertsch Drs. 17/6965, 17/8176	iätzen – Tourismus stä		ld u.a. SPD
	Votum des federführer Staatshaushalt und Fir			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z
15.	Antrag der Abgeordne Gisela Sengl u.a. und Bericht zur Tierzucht in Drs. 17/6989, 17/8240	Fraktion (BÜNDNIS 90 n Bayern		
	Votum des federführer Ernährung, Landwirtsc			
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
				Z

 Antrag der Abgeordneten Michael Brückner, Dr. Otto Hünnerkopf, Angelika Schorer u.a. CSU
 Bericht zur Kennzeichnung von Geflügelprodukten/Stopfleber mit Zwangsernährung und zu einem möglichen Importverbot von Geflügel-Stopfleber

("Foie gras") Drs. 17/7000, 17/8097 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Hermann Imhof u.a. und Fraktion (CSU) Unabhängige Patientenberatung beibehalten Drs. 17/7679, 17/8082

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD) Unabhängige Patientenberatung beibehalten Drs. 17/7680, 17/8081

Votum des federführenden Ausschusses für

der den Antrag für erledigt erklärt hat.

Gesundheit und Pflege,

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Unabhängige Patientenberatungsstellen sicherstellen! Drs. 17/7682, 17/8083

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege, der den Antrag für erledigt erklärt hat.

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Auffangstation Raubtier- und Exotenasyl in Ansbach beim Kauf der bestehenden Anlage bzw. bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten unterstützen Drs. 17/6740, 17/7832

Votum des **mitberatenden** Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen, **der den Antrag für erledigt erklärt hat.**